



Haushaltsrede der SPD-Fraktion 2019

Der neue Gemeinderat, der im Juli seine Arbeit aufgenommen hat, steht vor keiner leichten Amtsperiode. Auf der einen Seite stehen ständig zunehmende laufende Ausgaben an, und im mittelfristigen Finanzplan sind einige größere Investitionsvorhaben zu stemmen, auf der anderen Seite sprudeln die Einnahmequellen bei den Steuern nicht mehr so munter, was auf der dritten Seite zu nie so vorgesehenen Kreditaufnahmen und damit zu einem relativ steilen Anstieg des Schuldenberges führt.

Für die SPD-Fraktion kommt letzteres nicht überraschend, haben wir doch seit vielen Jahren dauergewarnt, einen Sanierungs- und Investitionsstau zu erzeugen, nur um Drittmittel in Form von Krediten zu vermeiden. Denn nicht nur Brandschutzvorschriften und die Abnutzung der in die Jahre gekommenen städtischen Gebäude und der damit verbundene Substanzverlust haben diesen Stau herbeigeführt, sondern auch die ständige Forderung der Mehrheit des Gemeinderats, ja keine neuen Schulden zu machen. Das Ergebnis liegt vor uns, wir müssen komprimiert in einem kurzen Zeitraum über unsere Verhältnisse hinaus investieren und Kredite aufnehmen. Eine rechtzeitige Sanierung hätte das Ganze entzerrt und wäre kostengünstiger außerhalb des bestehenden Baubooms verlaufen.

Ungeachtet dessen ist die wohl wichtigste Aussage in dem wieder sehr umfangreichen Werk in diesen Sätzen zusammengefasst: „Für das Haushaltsjahr 2020 kann ein noch positiver Haushaltsentwurf vorgelegt werden. Das ordentliche Ergebnis im Ergebnishaushalt weist einen Gewinn von 1,21 Mio. Euro aus“.

Angesichts der vielfältigen negativen äußeren Einflüsse auf kommunale Haushalte eine erfreuliche Feststellung. Die deutsche Wirtschaft wächst im Vergleich zu den letzten Jahren nur noch geringfügig an und verdankt dies den Folgen der Wirren in der Weltwirtschaft. Nicht nur die Handelskonflikte, unklare politische Entwicklungen auf allen Kontinenten, die Brexit-Tragödien, der Dieselskandal usw. führen zu Kurzarbeit und Stellenabbau und damit zu einem Rückgang unserer beiden Hauptsäulen der Einnahmen, nämlich dem Einkommenssteueranteil und der Gewerbesteuer.

Und da die weitere Entwicklung nicht absehbar ist und damit Haushaltsrisiken drohen, bekommt bei dem vorherigen Zitat das Wörtchen „noch“ eine wichtige Bedeutung.

Denn wenn die Wachstumsraten weiter abnehmen, werden wir zukünftig mit negativen Haushaltsergebnissen rechnen müssen, da ja bekanntlich die kommunalen Haushalte nicht aus sich heraus tragfähig sind, sondern stark dem Wandel der wirtschaftlichen Entwicklung unterliegen.

Beziehungen Kommune-Land-Bund

Der Präsident des Baden-Württembergischen Gemeindetags Roger Kehle hat auf der Verbandsversammlung am 10. Oktober deutliche Worte gefunden: die Kommunen müssen ausbaden, was Land und Bund beschließen. In einer Zeit, in der die Bürger die öffentliche Hand zunehmend nur noch als Dienstleister für ihren persönlichen Bedarf sehen, steigt ihre Erwartungshaltung auch noch durch in Stuttgart und Berlin vorgegebenen Rechtsansprüchen.

Das wäre ja in Ordnung, wenn diejenigen, die diese Rechte umsetzen müssen, auf der Gegenseite einen vollen Kostenersatz erhielten.

Aber davon sind wir weit entfernt. Bei den KITA-Gebühren liegen die Erstattungen bei 68 Prozent, Investitionszuschüsse weit darunter, bei der Daueraufgabe der Integration ist der Landes- und Bundesbeitrag sowohl was Investitions- als auch Personal- und Sachkosten betrifft, nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Und bei den Schulen warten wir auch noch auf entsprechende Unterstützung. Und nun wurde Anfang Oktober der Landeshaushalt 2020/21 eingebracht, ohne vorher die Gemeindeverbände in die Vorplanungen einbezogen zu haben, ohne deren Probleme anzuhören.

Wie's aussieht, sollen geringere Zuweisungen des Landes an die Kommunen vorgesehen sein. Auf die Forderung, dass im Finanzverbund Land/Kommunen noch ein Nachsteuerungsbedarf bestehe, meinte Ministerpräsident Kretschmann, unseren Kommunen ginge es gut, er hielt sich bedeckt, stellte sich vor die Finanzministerin, sagte dann aber doch wenigstens zu, nicht-öffentliche Gespräche mit Gemeindevertretern zu führen.

Wir erwarten, dass dabei nicht nur die bisherigen Zuweisungen erhalten bleiben, sondern noch etwas draufgesetzt wird.

Personalausgaben

Bei den Gesamtaufwendungen für das Personal hält die Verwaltung die im Eckwertebeschluss festgelegte Obergrenze ein, was dennoch eine 4,46 prozentige Erhöhung gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Zum Teil ist dies Tarifierhöhungen geschuldet, hauptsächlich aber einer notwendigen Personalausweitung.

Trotz ständiger Forderungen einer Fraktion, Personal abzubauen – wobei nie konkrete Vorschläge gemacht werden - kommen wir nicht um eine Aufstockung herum. Der Rechtsanspruch im Bereich der Kinderbetreuung aber auch steigende Kinderzahlen erfordern die Schaffung neuer Planstellen. Dabei müssen wir bei dem

bestehenden Fachkräftemangel froh sein, wenn wir diese überhaupt besetzen können.

Auch im Hochbau benötigen wir zur Realisierung bereits beschlossener Projekte und weiterer anstehender Vorhaben zusätzliches Fachpersonal, das ebenfalls Mangelware ist.

Um einen erneuten Anstieg der Personalstellen und -kosten kommen wir also nicht herum.

Sach- und Dienstleistungen

Im Bereich Sach- und Dienstleistungen hat der Eckwertebeschluss nur wenige Monate überstanden, denn der Haushaltsplanentwurf weist eine Erhöhung um runde 900 000 Euro aus.

Die Verwaltung begründet dies mit der zunehmenden Einwohnerzahl, mit dem Unterhaltungsrückstand sowie mit neuen Verwaltungsaufgaben.

Wie will man da widersprechen? Da bleibt nur die alljährliche Aufforderung an alle Bediensteten, sparsam zu wirtschaften, Synergieeffekte und Einsparpotenziale zu suchen und keine überhöhten Angebote und Dienstleistungen von außen anzunehmen.

Transferaufwendungen

Rund 40 Prozent unserer Einnahmen fließen sofort wieder in verschiedene Transferabgaben an Kreis, Region, Land, Bund sowie Unternehmen. Das engt jährlich übermäßig in unseren Handlungsspielräumen ein. Für die in Jahresabschlussrechnungen oft gelobten Steuermehreinnahmen werden wir zwei Jahre später durch höhere Umlagen bestraft. Im nächsten Jahr können dies bis 4,2 Mio. Euro sein, es sei denn, der Kreistag verhindert die vorgeschlagene Erhöhung der Kreisumlage. Aber auch da kämen wir auf 3,6 Mio. Euro. Durch eine Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes ergeben sich auf der Gegenseite Gott sei Dank Einsparungen von 1,7 Mio. Euro, was letztlich ermöglicht, den Ergebnishaushalt positiv abzuschließen. Positiv ist auch, dass wir durch die beschlossenen Rücklagen 2018 den Mehraufwand auffangen können.

Klimaschutz

Neben den zunehmenden kriegerischen Auseinandersetzungen, den Handelskriegen und Embargomaßnahmen haben der Klimawandel und der Klimaschutz größte Aufmerksamkeit.

Auch in unseren Haushalt spielt das Thema hinein. Wie andere Kommunen stehen wir da nicht vor einem Neuanfang oder neuen Herausforderungen, sondern wir müssen unsere gesteckten Klimaziele kontinuierlich weiterverfolgen nach der Devise „global denken, lokal handeln“.

Die Minderung der CO₂-Emissionen um 20 Prozent bis 2020 in den städtischen Liegenschaften kann eingehalten werden, der Aufbau eines Energie-Controlling-

Systems sowie die Entwicklung ökologischer Energiestandards für städtische Gebäude, aber auch Energiekonzepte für Baugebiete werden fortgeführt. Sollten die eingesetzten Mittel nicht ausreichen, sind wir natürlich für überplanmäßige Ausgaben.

Ein Klimaschutzmanager mit 25% ist nun Stellenplan erstmals wiederaufgeführt, dieser Stellenanteil muss nach Bedarf erhöht werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung **eine** wesentliche Herausforderung in Ostfildern für die nächsten Jahre.

In den letzten Jahren hat die Stadt zwar stark in Neubauten in Kindertagesstätten investiert, die Kitas Waldstraße in Kemnat, Ludwig-Jahnstraße, Nellingen und die der kath. Kindertagesstätte Kemnat sind jedoch ganz überwiegend Ersatzbauten für sanierungsbedürftige Kindertagesstätten. Nur wenige Kita- bzw. Krippengruppen entstanden damit zusätzlich und konnten den Belegungsdruck entlasten. Diese zusätzlichen Plätze sind ein Tropfen auf den heißen Stein.

Der Kindertagesstättenbedarfsplan von Biregio vom September 2018 hat den Istbestand und die Prognosen für die nächsten Jahre entsprechend der Bevölkerungsentwicklung bis 2036 für alle Jahrgangsguppen in den Stadtteilen sehr differenziert aufgezeigt. Die Zahlen sind alarmierend. Der Fachbereich 2 verwaltet einen Mangel. Es liegen entsprechend dieser alarmierenden Zahlen keine konkreten Maßnahmenpläne der Stadtverwaltung zur Schaffung weiterer Plätze zur Bedarfsdeckung entsprechend dem Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte dem Gemeinderat vor! Die Verwaltung listet unlängst auf, dass allein bis zum September 2020 eine Warteliste von über 500 Kindern in allen Ortsteilen besteht. Insbesondere im Scharnhäuser Park werden allein 83 Kinder im U3 Bereich auf einer Warteliste geführt.

Wir fordern die Verwaltung auf darzulegen, welche Planungen zur Deckung dieser - nach Biregio – allen bekannten Bedarfslücken bestehen!

Die Schulkindbetreuung wird mit der Berufstätigkeit beider Elternteile immer mehr nachgefragt, im Scharnhäuser Park sind inzwischen ganze Klassenverbände in der Schulkindbetreuung. In Kemnat haben ungenügende Prognosen der Stadtverwaltung und fehlende Fachkräfte dazu geführt, dass berufstätige Eltern von schulpflichtigen Kindern um einen Betreuungsplatz leer ausgegangen sind.

Der Markt an Fachpersonal Erzieher*innen ist bekanntermaßen leergefegt. Die Städte konkurrieren um Fachkräfte, in einzelnen Städten in der Region werden umstrittene Ballungsraumzulagen für Fachkräfte bezahlt. Maßnahmen wie Gesundheitsmanagement oder ein mehr an beruflichen Fortbildungen und Freistellungen sind geeignet, Unterschiede im Wettbewerb auszumachen. Wir erwarten einen Bericht welche Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung derzeit bestehen und welche weiter geplant sind.

In der letzten Haushaltsrede beantragte die SPD-Fraktion bereits die Tagespflege besser zu fördern. Eine entsprechende Vorlage in der letzten Sitzungsrunde war für uns unbefriedigend. Wir beantragen nun die Tageselternbetreuung konkret mit 50 € pro Platz zu fördern, um Anreize zu schaffen weitere Tagespflegepersonen zu gewinnen und den Tagespflegeverein Esslingen bei Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Gewinnung neuer Tagespflegepersonen zu unterstützen. Weitere Tagespflegepersonen können insbesondere den hohen Platzbedarf für die Kleinkindbetreuung entlasten und sind für viele Familie eine gute Alternative zur Krippenbetreuung.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bezieht sich auch auf bedarfsdeckende Betreuungsangebote in der Ferienzeit. Das Sommerlager wurde über Jahrzehnte ehrenamtlich gestemmt. Die Zeiten dieses Ehrenamts sind jedoch vorbei - eine Hauptamtlichkeit ist erforderlich, um das Sommerferienprogramm abzusichern. Kinder- und Jugendförderung und Stadtverwaltung sind dazu im Gespräch, ein zusätzlicher Stellenanteil muss jedoch auch eingeplant werden.

Ganztagschulen fördern Chancengleichheit!

Wir bitten die Verwaltung die Grundschulen dabei zu unterstützen sich zu Ganztagschulen zu entwickeln.

Die Lindenschule als erste Ganztagsgrundschule benötigt entsprechend der deutlich gestiegenen Schülerzahl eine angemessene personelle Ausstattung. Wir erwarten, dass die Verwaltung uns diesbezüglich darstellt, wie diese angemessene Ausstattung aussehen kann.

Die Schulsozialarbeit hat mit verändernden Problemlagen - gerade auch an den weiterführenden Schulen neue Herausforderungen zu bewältigen. Die Schulsozialarbeit an den Gymnasien konnte mit neuen Stellen inzwischen aufgestockt werden. Jedoch auch an der Realschule und an der Erich-Kästner Gemeinschaftsschule liegen die Kennzahlen deutlich unter denen von vergleichbaren Schulen im Kreis. an

Jugendbeteiligung

Die Schellstudie 2019 stellt fest, dass die Jugend gespalten ist – einerseits wieder viel politischer, dies zeigen auch die „Fridays for Future“ Schülerdemos auf, andererseits aber auch zunehmend Verschwörungstheorien anhängt. In Zeiten zunehmenden Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, sind Bildungsprogramme und Aktionen notwendig, um diesen gesellschaftlichen Entwicklungen entgegenzutreten. Wir freuen wir uns, weiter am Bundesprogramm der Partnerschaft für Demokratie (Pfd) zu partizipieren und künftig weiter viele Aktionen zur Förderung von Demokratieprojekten mit den unterschiedlichen Organisationen in den nächsten Jahren weiter durchführen zu können. Der Gemeinderat stimmte unlängst endlich einer Jugendbeteiligung nach §41 Gemeindeordnung zu, die die SPD-Fraktion bereits mehrfach beantragte. Das Jugendforum - als Teil des Programmes der Pfd formierte sich im Sommer neu,

Doppelstrukturen sollten jedoch aus unserer Sicht bei einer Wahl repräsentativer Vertreter vermieden werden. Wir bitten nun die Verwaltung auf, darzustellen, welche der unterschiedlichen Möglichkeiten zur Wahl - traditionell oder digital per App? einer Jugendvertretung in Ostfildern in Schulen und Jugendorganisationen umgesetzt werden können.

Die Antidiskriminierungsstelle Esslingen kann ihre Arbeit nur mit weiterer finanzieller Unterstützung fortsetzen. Wir bitten eine Aussage darüber, an welche unabhängige Einrichtung sich Menschen aus Ostfildern mit Diskriminierungserfahrung wenden können.

Zur Alten und Pflegeplanung:

Der Quartiersentwicklungsprozess Nellingen wurde wesentlich durch das Preisgeld des Sozialministerium angeschoben durch die Leitstelle mit vielen Fachleuten durchgeführt und von der Bürgerstiftung Ostfildern mit guten Ideen und erheblichen Mitteln gefördert. Dafür sei der BSO an dieser Stelle wieder herzlich gedankt.

Eine „Zeitbank“ und Bürgerbaugenossenschaft“ fand bei den kompetent moderierten Bürgertischen besonderes Interesse. Die aufschlussreichen Ergebnisse der Befragung Nellingener Bürger wurde unlängst im Gremium vorgestellt. Wir bitten die Verwaltung darzustellen, wie dieser begonnene Prozess weiter begleitet und fortgesetzt werden kann und wie die gewonnenen Ergebnisse modellhaft auch auf die anderen Stadtteile übertragen werden können. Aus unserer Sicht wird eine Quartiersmanagerin mit der vorhandenen Stellenkapazität und Aufgabenbeschreibung diesen vielfältigen Aufgaben kaum in erforderlichem Umfang nachhaltig vorantreiben können.

Die Quartiersentwicklung in den Stadtteilen Parksiedlung gewinnt an Fahrt und hat mit Räumlichkeiten von WIPs in der Parksiedlung bald eine Anlaufstelle. Wir erwarten von der Verwaltung einen Bericht darüber, wie die Quartiersentwicklung in Scharnhausen vorankommt und sich die Treffpunktarbeit in Kemnat und Ruit ebenfalls in Richtung Quartiersmanagement mit entsprechender Eingruppierung der Mitarbeiterinnen entwickeln wird.

Das nächste Projekt, das mit Hilfe der Gradmannstiftung realisiert werden kann, ist die WG zusammen(h)alt in Nellingen, die im April an den Start gehen wird. Wir wünschen diesem innovativen Projekt, einer weiteren bürgergestützten Wohngemeinschaft, nach dem Modell des Lichtblick, weiter viel Erfolg bei der Gewinnung von ehrenamtlich Engagierten.

Wir halten das Projekt Kleinpflegeheim im neuen Gebiet ob der Halde in Scharnhausen für den richtigen Weg, wie dies im Altenhilfeplan vorgesehen ist, dezentrale kleinere Pflegeeinheiten in den Stadtteilen zu errichten.

Eine Maßnahme im Altenhilfeplan und auch in der Befragung der Nellingener Bürger benannt, ist der Bedarf an Hilfen für kleine Unterstützungsleistungen. Wir bitten die Verwaltung darzustellen, wie eine niederschwellige Nachbarschaftshilfe (wieder)

organisiert werden kann, die ergänzend und nicht konkurrierend zu den Angeboten der ambulanten Pflegedienstleister angesiedelt ist.

Bezahlbaren Wohnraum

Der Mangel an kostengünstigem Wohnraum ist ein drängendes Problem in der Region und in unserer Stadt. Lange spielte geförderter Wohnraum in Ostfildern keine Rolle. Mit dem Baugebiet Ob der Halde und auf dem Areal der ehemaligen Schillerschule werden wir nun einen kleinen Anteil an gefördertem Wohnraum erhalten. Wir erwarten, dass in weiteren Gebieten ein Anteil an gefördertem Wohnbau entsteht und bitten um einen Bericht, in welchen Gebieten dies zeitnah zu realisieren ist. Nachverdichtung und die Baulückenpotentiale auszuschöpfen halten wir dabei für vorrangig notwendig. Eine aktive Außenentwicklung im Bereich von Nellingen West können wir uns nur derzeit nur sehr behutsam vorstellen, eine parallel zu entwickelnder Infrastruktur, insbesondere für die Schulen im Campus und die Kindertagesstätten ist dabei für uns unabdingbare Voraussetzung.

Mobilitätskonzept

Ein integriertes Mobilitätskonzept für Ostfildern steht seit Jahren auf der politischen Agenda. Die Verringerung des motorisierten Individualverkehrs, der weitere Ausbau des ÖPNV und die Förderung von Radverkehr und Fußwegeverbindungen sind erforderlich, um die Klimaschutzziele weiter zu verfolgen und die Verkehrs- und Lärmbelastungen zu reduzieren.

Wir erwarten, dass die Verwaltung zeitnah ein solches Mobilitätskonzept dem GR vorlegt. Die Einführung des StadtTickets zum 1.4.2020 ist ein Baustein eines Mobilitätskonzepts, um den ÖPNV attraktiver zu machen. Die Buslinienführung sowie deren Vertaktung muss überprüft werden. Ein dringender Handlungsbedarf besteht an der Verstärkung der Buslinien zwischen Kemnat und Heumaden, da die Busse in den Morgenstunden völlig überfüllt sind. Wir fordern die Stadtverwaltung auf hier beim Landkreis diesbezüglich baldmöglichst eine Verbesserung zu erreichen. Fahrgemeinschaften und das Stadtmobil sind weiter aktiv zu fördern und der „Umstieg“ ist zu bewerben.

Der Ausbau der Radinfrastruktur in BW hat das ehrgeizige Ziel den Anteil des Radverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen bis zum Jahr 2030 auf rund 30 Prozent zu erhöhen. Ein flächendeckendes attraktives Radverkehrsnetz für Alltags- und Freizeitradfahrer ist zu entwickeln und damit den Anteil der Alltags- und Freizeit Radfahrer am Individualverkehr zu erhöhen. Radpendler erhalten derzeit auch im Kreis Rückenwind: eine Schnellweg von Kirchheim über Ofi ist im Gespräch. Wir beantragen erneut die Überarbeitung des Radverkehrskonzeptes. Das Radverkehrskonzept wurde 1987 erstellt, seither haben sich Wegeverbindungen innerhalb der Stadt und auch der Stellenwert des nicht motorisierten Verkehrs deutlich verändert. Die Überarbeitung des Radverkehrskonzeptes sollte in engem Zusammenwirken von Verwaltung und den sachkundigen Vertretern des örtlichen ADFC erfolgen.

Der Radweg nach Esslingen entlang der Breslauerstrasse wird erfreulicherweise nun gebaut, der Anschluss an den Radweg an der Robert Kochstraße ist jedoch noch nicht befriedigend gelöst. Wir bitten die Verwaltung außerdem zu prüfen, ob der Winterdienst für die Haupttradwegeverbindungen auch in dem Bereich Anschluss zur Körschtalbrücke durch Umorganisationen ermöglicht werden kann, da offenbar die Räumung des Radwegs auf der Brücke nun über den Kreis erfolgen kann. Weitere Radbügel an der Endhaltestelle und im Campusbereich sind dringend nachzurüsten, Überdachungen an den Haltestellen zu ergänzen, weitere Fahrradboxen zu prüfen und der Höfelbachweg zu sanieren.

Wir bitten darzulegen, wie hoch die jährlichen Ausgaben je Einwohner für den Radverkehr derzeit in Ostfildern sind. Der ADFC empfiehlt eine Summe von 20€, Kopenhagen ist europäischer Spitzenreiter mit 35€ je Einwohner, in Stuttgart sind es 5 € und in Ostfildern liegen wir schätzungsweise deutlich unter 2 € pro Einwohner.

Sauberkeit in Ostfildern

Die Zunehmende Verschmutzung durch Müll in unserer Stadt besorgt viele Bürger. Die SPD-Fraktion hatte dazu einen Antrag gestellt und die Stadtverwaltung aufgefordert ein Konzept zur Verbesserung der Sauberkeit in der Stadt zu erstellen. Dieses ist leider nur in dem Teilbereich geschehen, dass ein Bußgeldkatalog vorgelegt wurde. Die Teilbereiche Prävention - eine öffentliche Kampagne zum Bewusstseinswandel und die Initiierung von Reinigungsaktionen unter Mitwirkung von Schulklassen und Vereinen in den Ortsteilen wurden von der Verwaltung nicht berücksichtigt. Wir fordern erneut ein Gesamtkonzept Sauberkeit in Ostfildern vorzulegen.

Kultur und Vereine in der Stadt

Die VHS konnte dieses Jahr auf 40 Jahre erfolgreiche Arbeit in der Erwachsenenbildung zurückblicken. Die städtische Musikschule, Stadtbücherei, Galerie und auch das Archiv sind städtische Einrichtungen, in denen Menschen unterschiedlichsten Alters sich bilden, ihren Interessen nachgehen und sich bei einem bunten Strauß an kulturellen Veranstaltungen begegnen können. Sie leisten dadurch einen wichtigen Beitrag zur Integration von Neubürgern und sorgen für Lebensqualität in unserer Stadt.

Die Freiluftinstallationen von Sol LeWitt haben in den letzten Jahrzehnten das Stadtbild Ostfilderns geprägt. Die Galerie Ostfildern wird mit der Ausstellung des international bedeutenden Minimal und Konzeptkünstlers mit der Ausstellung Stein reich / Four Pieces in das Bewusstsein der Bevölkerung rücken. Wir hoffen, dass es bald gelingt, die Monumente – ggf. auch mit Drittmitteln, wieder in einen guten Zustand zu versetzen.

Wir möchten Kunst im öffentlichen Raum sichern und erwarten von der Verwaltung erneut Vorschläge wie dies im Jahr 2020 geschehen kann

Der Startschuss für die Sporthalle findet in diesem Jahr endlich statt. Die Sporthalle eins ist nicht nur für den Schulsport, sondern auch eine wichtige Einrichtung für die Ostfilderner Vereine.

Die vielen Vereine machen unsere Stadtgesellschaft und unser Leben in Ostfildern reicher. Dort wo Menschen sich im Ehrenamt engagieren, sei es im sozialen Bereich, den Sportvereinen, Kirchen oder auch im politischen Bereich entsteht Gemeinschaft, die der Anonymität und Vereinzelung entgegentritt und oft auch Verantwortung für das Gemeinwesen übernimmt.

Integration ist eine Daueraufgabe - nicht nur für die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen die in der Flüchtlingsbetreuung und in Projekten wie „eins plus b“ oder dem Mentoring Projekt beschäftigt sind, sondern inzwischen auch für die vielen ehrenamtlich engagierten Bürger und Bürgerinnen in Ostfildern, die in den letzten Jahren die Neuankömmlinge bei einem guten Start in der Stadt unterstützt haben.

Im Namen der SPD-Fraktion möchte ich mich bei der Finanzverwaltung für die Erstellung des Haushaltsplanes bedanken. Unser Dank gilt allen Steuer- und Gebührendzahlern, den Bürgern und Bürgerinnen, die sich in und für Ostfildern engagieren und auch den Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat für die meist sehr konstruktive Zusammenarbeit.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Frank Walter Steinmeier:

Demokratie heißt immer, die Bereitschaft nicht nur eigene Interessen zu sehen und die Fähigkeit zum Ausgleich und Kompromiss.